

2023

Abitur

Original-Prüfungsaufgaben
mit Lösungen

**MEHR
ERFAHREN**

Niedersachsen

Politik-Wirtschaft

- + Schwerpunktthemen 2023
- + Übungsaufgaben

ActiveBook
• Interaktives
Training

Original-Prüfungsaufgaben
2022 zum Download

STARK

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hinweise und Tipps zum Zentralabitur

1	Die schriftliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft	I
2	Die mündliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft	XXVII
3	Die Präsentationsprüfung in Politik-Wirtschaft	XXXI
4	Einige Tipps zur Vorbereitung auf die Abiturprüfungen	XXXIII

Abiturähnliche Übungsaufgaben

Mündliche Prüfung

Übungsaufgabe 1:	<i>Medien und Politik</i>	1
------------------	---------------------------------	---

Schriftliche Prüfung

Übungsaufgabe 2 (GA):	<i>Soziale Ungleichheit in Deutschland</i>	9
Übungsaufgabe 3 (EA):	<i>Wirtschaftswachstum und Umwelt</i>	17

Auswahl an Originalprüfungen GA

GA 2016 Aufgabe II:	<i>Auslandseinsätze der Bundeswehr</i>	31
GA 2017 Aufgabe I:	<i>Soziale Marktwirtschaft und Freihandel</i>	39
GA 2018 Aufgabe I:	<i>Lobbyismus und Soziale Marktwirtschaft</i>	46
GA 2018 Aufgabe II:	<i>Außenpolitik und Demokratie</i>	53

Auswahl an Originalprüfungen EA

EA 2017 Aufgabe II:	<i>Soziale Marktwirtschaft und Demokratie</i>	61
EA 2018 Aufgabe I:	<i>Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung</i>	72
EA 2018 Aufgabe II:	<i>Internationale Sicherheitspolitik und Demokratie</i> ..	84
EA 2019 Aufgabe I:	<i>Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung</i>	96

Abiturprüfung 2021 (Auswahl)

Grundlegendes Anforderungsniveau

Aufgabe I	<i>Politische Partizipation und Umweltpolitik</i>	GA 2021-1
Aufgabe III	<i>Herausforderungen der Konfliktbewältigung und Partizipation in der Demokratie</i>	GA 2021-10

Erhöhtes Anforderungsniveau

Aufgabe II	<i>Soziale Marktwirtschaft und politische Partizipation</i>	EA 2021-1
Aufgabe III	<i>Internationale Konflikte und politische Partizipation</i>	EA 2021-12

Abiturprüfung 2022 www.stark-verlag.de/mystark

Sobald die Original-Prüfungsaufgaben 2022 freigegeben sind, können sie als PDF auf der Plattform MyStark heruntergeladen werden (Zugangscode vgl. Farbseite vorne im Buch).

Autoren

Jan-Patrick Bauer:	16/GA II, 17/GA I, 18/GA I, II; 21/EAI
Klaus Eberhard:	17/EA II, 18/EA I, II, 19/EA I, 21/EAI
Jennifer Hauser:	21/GA III
Harry Kokot:	Hinweise und Tipps; ÜA 1, 3; 21/GAI
Oliver Thiedig	ÜA 2

Vorwort

Liebe Schülerin, lieber Schüler,

Sie haben Politik-Wirtschaft auf grundlegendem oder erhöhtem Anforderungsniveau als Prüfungsfach gewählt. Dieses Buch bietet Ihnen die Möglichkeit, sich optimal auf das Zentralabitur 2023 vorzubereiten.

Das einführende Kapitel **Hinweise und Tipps** gibt Ihnen wertvolle Informationen zum Ablauf des Zentralabiturs sowie konkrete, leicht umsetzbare Tipps, die Ihnen bei der Vorbereitung und bei der Bearbeitung der Abiturprüfung helfen. Dieses Kapitel beschäftigt sich zudem ausführlich mit den **Operatoren**, die zur Lösung aller Abituraufgaben von entscheidender Bedeutung sind. Zu allen drei Anforderungsbereichen finden Sie inhaltlich passende Fragestellungen inklusive Lösungsskizze. Ebenso erfahren Sie Wichtiges zum **mündlichen Abitur** sowie zur **Präsentationsprüfung**.

Es folgt eine **Auswahl an Originalprüfungsaufgaben** der vergangenen Jahre, die thematisch zu den aktuellen Schwerpunktthemen passen. Die zusätzlichen **Übungsaufgaben** sind entsprechend den Vorgaben für das zentrale Abitur in Politik-Wirtschaft konzipiert und beziehen sich auf die **Themen und Inhalte** des Zentralabiturs 2023. Zu jeder Aufgabe finden Sie **konkrete Tipps** zum Vorgehen und zur Bearbeitungsweise. Zudem wurden von unseren Autoren zu allen Aufgaben ausführliche Lösungen ausgearbeitet. Diese **detaillierten Lösungsvorschläge** bieten Ihnen Beispiele dafür, wie Ihre Antworten im Abitur aussehen könnten.

Sollten nach Erscheinen des Bandes noch wichtige Änderungen in der Abitur-Prüfung 2023 vom Kultusministerium bekannt gegeben werden, finden Sie aktuelle Informationen dazu im Internet unter:
www.stark-verlag.de/mystark.

Die Autoren und der Verlag wünschen Ihnen schon jetzt viel Erfolg bei der Abiturprüfung!

Hinweise und Tipps zum Zentralabitur

1 Die schriftliche Abiturprüfung in Politik-Wirtschaft

1.1 Rahmenbedingungen der Prüfung

Die zentrale Aufgabenstellung im Abitur gilt nur für die schriftlichen Abiturprüfungen, die mündliche Abiturprüfung oder – alternativ – die Präsentationsprüfung werden weiterhin dezentral gestellt. Die folgenden Hinweise und Tipps sind zur Vorbereitung sowohl auf die schriftlichen als auch mündlichen Abiturprüfungen hilfreich.

In der sog. **Qualifikationsphase** sind laut **Oberstufenverordnung** aus dem Angebot der Schule fünf Prüfungsfächer (P1–P5) zu wählen, und zwar drei fünfstündige Fächer (P1–P3) mit erhöhtem Anforderungsniveau (EA) und zwei weitere dreistündige Fächer (P4, P5) mit grundlegendem Anforderungsniveau (GA). In den ersten vier Prüfungsfächern wird jeweils eine schriftliche Abiturprüfung, im 5. Prüfungsfach die mündliche Abiturprüfung oder auf Verlangen des Prüflings eine Präsentationsprüfung abgelegt.

Politik-Wirtschaft kann im **gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt**, wo es als **2. Schwerpunktfach** (auf erhöhtem Anforderungsniveau) vorgesehen ist, als drittes Prüfungsfach (P3) – abhängig vom Konzept der Schule – entweder von Ihnen gewählt oder von der Schule festgelegt werden. In allen anderen Schwerpunkten kann es – entsprechend des jeweiligen Schulkonzepts – ebenfalls als P3-Fach (auf erhöhtem Anforderungsniveau) gewählt/festgelegt oder als P4-Fach (auf grundlegendem Anforderungsniveau) gewählt werden.

Sowohl die Aufgabenvorschläge der Abiturprüfung als auch die Übungsaufgaben dieses Bandes orientieren sich an zwei Vorgaben: den **Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA)** und dem niedersächsischen **Kerncurriculum**, das die EPA konkretisiert, indem es fachspezifische Kompetenzen ausweist und die dafür notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten (vgl. Übersichten im Kerncurriculum) benennt.

Im Unterricht der Qualifikationsstufe werden diese Kompetenzen über die im **Kerncurriculum** genannten Gegenstandsbereiche/Themen vermittelt. Problemstellungen aus diesen Gegenstandsbereichen bilden die Grundlage für die zentralen schriftlichen Abituraufgaben.

Bei der Abiturprüfung ist als **Hilfsmittel** das Grundgesetz (inkl. Niedersächsische Verfassung ohne ergänzende Kommentare) zugelassen.

1.2 Gegenstandsbereiche und Themen der Prüfung

Die folgende Übersicht enthält die **schwerpunktmäßig zu behandelnden Themen und Inhalte** für die **Abiturprüfung 2023** in Politik-Wirtschaft. Weitere im Kerncurriculum genannte Themen und Inhalte (*kursiv*) sind **überblicksartig**, d. h. zusammenfassend zu behandeln. Die Gegenstandsbereiche der Schulhalbjahre 12/2 bis 13/2 sind durch Unterpunkte konkretisiert.

Die Abiturprüfungsaufgaben sind so konzipiert, dass sie ihren Ausgangspunkt in den schwerpunktmäßig zu behandelnden Themen und Inhalten eines Gegenstandsbereichs haben. Gesichtspunkte aus den Themen/Inhalten der weiteren zu behandelnden Gegenstandsbereichen können berücksichtigt werden.

Semester 12/1 Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit		
	GA (grundlegendes Anforderungsniveau)	<u>Zusätzlich</u> EA (erhöhtes Anforderungsniveau)
Themen/Inhalte (Schwerpunkte)	<ul style="list-style-type: none"> • Formen und Funktionen von Partizipation in der Demokratie: Formen und Funktionen (Artikulation, Integration, Repräsentation, Kontrolle) politischer Partizipation; Legitimität, Effizienz, Wirksamkeit, Gerechtigkeit von Formen der Partizipation • Politische Akteure (Bürger, Parteien, Verbände, Initiativen, Bewegungen) im politischen Entscheidungsprozess: Aufgaben und Einflussmöglichkeiten der politischen Akteure im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess <p><i>vgl. z. B. GA: ÜA 2, 2018 I, 2021 I / EA: 2018 II, 2021 II</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung politischer Teilhabe: Statistiken zur Entwicklung politischer Teilhabe (quantitativ und qualitativ); Auswirkungen unterschiedlicher Partizipationsformen auf die repräsentative Demokratie
Themen/Inhalte (überblicksartig)	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Verfassungsorgane</i> • <i>Medien in der Demokratie</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Demokratiethorien*</i> • <i>digitale Mediennutzung</i> • <i>Medienmärkte und -ökonomie</i>
Basiskonzept(e)	Interaktionen und Entscheidungen	Ordnungen und Systeme

zentrale Fachkonzepte	Partizipation – Effektivität – Macht	Repräsentation – Markt – Interesse
Fragestellungen (Beispiele)	<ul style="list-style-type: none"> • Gefährdet die Krise der Volksparteien unsere Demokratie? • Ist direkte Demokratie die bessere Demokratie? • Lobbyismus: Primat der Politik oder Primat der Ökonomie? • Wird durch die Corona-Krise das Interesse an Politik gefördert? 	

Semester 12/2 Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

	GA	<u>Zusätzlich</u> EA
Themen/Inhalte (Schwerpunkte)	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland; Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung; Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (Egalität, Bedarf, Leistung) • Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft: Aufgaben des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft (u. a. Ordnungsrahmen, Bereitstellung öffentlicher Güter, Wettbewerbssicherung, soziale Sicherung); Verhältnis von Markt und Staat • wirtschaftspolitische Ziele, Maßnahmen und Zielkonflikte: Ordnungs-, Struktur- und Prozesspolitik; Magisches Sechseck der Wirtschaftspolitik in Deutschland; staatliches Handeln vor dem Hintergrund von wirtschaftspolitischen Zielen und Zielkonflikten <p><i>vgl. z. B. GA: ÜA 2, 2017 I, 2018 I / EA: ÜA 3, 2018 I, 2019 I, 2021 II</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einkommens- und Vermögensverteilung (primär, sekundär, politische Konzepte): Umverteilung durch Steuern und Transfers; politische Positionen zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vor dem Hintergrund von Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft (Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit) • Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensbedingungen: Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Umwelt in Bezug auf Produktion und Konsum; Bruttoinlandsprodukt als Methode zur Messung von Wirtschaftswachstum; Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen
Themen/Inhalte (überblicksartig)	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft*</i> • <i>Umweltprobleme</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Umweltpolitische Instrumente</i>
Basiskonzept(e)	Ordnungen und Systeme	Motive und Anreize
zentrale Fachkonzepte	Verteilung – Werte – Soziales Dilemma	Wirtschaftsordnung – Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit – Ambiguität
Fragestellungen (Beispiele)	<ul style="list-style-type: none"> • Ist Wirtschaftswachstum heute noch notwendig? (Zielkonflikte) • Gerechtigkeit durch Sozialpolitik? • Brauchen wir einen starken Staat? • Lässt sich die soziale Marktwirtschaft reformieren? 	

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

(enthaltene Themenschwerpunkte: 12/2: Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen)

Thema: Wirtschaftswachstum und Umwelt

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie Reinhard Loskes Überlegungen zur globalen Wachstumspolitik in eigenen Worten zusammen.
- 2 Erläutern Sie mit Bezug zum Text das Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Umwelt sowie die damit verbundenen globalen und sicherheitspolitischen Herausforderungen.
- 3 Vergleichen Sie Loskes Sicht des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie mit den Maßnahmen und Möglichkeiten des Staates hinsichtlich einer marktwirtschaftlich orientierten Umweltpolitik.
- 4 Erörtern Sie – auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise und des Ukraine-Kriegs – die Möglichkeiten der politischen Umsetzung des von Loske propagierten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

M 1 „Nur arme Staaten sollten wachsen“

[...] **Loske:** Wir müssen uns vom Irrglauben befreien, alle Probleme durch ewiges Wirtschaftswachstum lösen zu können. Natürlich gibt es Grundbedürfnisse wie Ernährung, Behausung oder Gesundheit, die müssen erfüllt sein – aber darüber hinaus erhöht materieller Wohlstand die Zufriedenheit kaum oder gar nicht. Deswegen lautet in Industriegesellschaften das Ziel vieler Menschen inzwischen nicht mehr „immer mehr“.

5 „Zeitwohlstand“ gewinnt an Bedeutung, „Güterwohlstand“ verliert.
SPiegel ONLINE: In Entwicklungsländern ist das anders. Könnte Wirtschaftswachstum in bitterarmen Staaten nicht viele Menschenleben retten?

Loske: Natürlich, diese Ungleichverteilung des Wohlstandes ist ja gerade das Problem. Aber es klingt ziemlich zynisch¹ zu sagen: „Wir müssen wachsen, damit Entwicklungsländer auch wachsen können.“ Dieser erhoffte „Trickle-down-Effekt“² ist empirisch kaum messbar, es leben ja noch immer sehr viele Menschen in sehr schlechten Verhältnissen. [...] Nur arme Staaten sollten noch ökonomisch wachsen. Aber sie sollten direkt den Weg der nachhaltigen Entwicklung einschlagen und unsere Fehler
10 der vergangenen Jahrzehnte vermeiden. Das heißt: erneuerbare Energien von Anfang
15

an und ein Abrücken vom Export- und Freihandelsmantra³. Denn ohne einen robusten Binnenmarkt werden vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten die Verlierer sein. **SPIEGEL ONLINE:** Allerdings lehnen Schwellenländer wie China solche Forderungen nach einer gemäßigten Wirtschaftspolitik ab – für sie ist das Kolonialismus im grünen Gewand.

Loske: Bislang schon, aber die Stimmung scheint selbst in China zu kippen, da Luft und Wasser dort enorm verschmutzt sind. In der Gesellschaft gibt es Widerstände gegen diesen Kurs des rücksichtslosen Wachstums – und auch die Staatsführung scheint das langsam zu verstehen und nach Alternativen zu suchen.

SPIEGEL ONLINE: Eine Alternative ist die sogenannte Green Economy, die Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen will – indem etwa Kohle und Erdöl durch Windkraft und Biomasse ersetzt werden.

Loske: Technik allein führt sicherlich nicht ans Ziel, weil wir beispielsweise immer sparsamere Autos haben – aber auch immer mehr. Die Wachstumseffekte fressen die Effizienzgewinne wieder auf, weshalb man auch vom „Rebound-Effekt“ redet, vom Rückschlageffekt. Schon der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und die anschließende Digitalisierung haben die negative Klimabilanz unserer Ökonomien kaum verändert. Natürlich ist vor allem für Unternehmen ressourcensparende Technik ein guter Weg. Wer aber alles auf diese Karte setzt, scheitert.

SPIEGEL ONLINE: Was müssen die Industriestaaten stattdessen ändern?

Loske: Sie müssen Ressourcen, Energie und Flächen viel sparsamer und intelligenter verwenden, allein der CO₂-Ausstoß muss bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent sinken. Nur dann lässt sich der Temperaturanstieg weltweit auf maximal zwei Grad begrenzen – und selbst dieses Szenario ist noch mit großen Risiken verbunden. [...]

Ich sehe drei große Kräfte am Werk: Einerseits das Leiden an den Verhältnissen, wenn die Lage also so schlimm ist, dass sie ohne Veränderungen nicht auszuhalten ist. Außerdem den Zwang, etwa durch Umweltkatastrophen oder politische Regulierung. Und schließlich die Entwicklung von gesellschaftlichen und ökonomischen Alternativen.

Die Politik kann und muss zeigen, dass eine andere Welt möglich ist – auch wenn es am Ende des Tages durchaus sein kann, dass alle drei Wirkmächte ihren Anteil am Wandel haben werden: das Leiden, der Zwang und die Entwicklung von Alternativen.

SPIEGEL ONLINE: Vieles ist ja schon geschehen: Deutschland hat die Energiewende und den Atomausstieg beschlossen [...].

Loske: So optimistisch bin ich nicht. Wir waren an ähnlichen Punkten ja schon mal: Um 1990 entstanden der Weltklimarat und die Klimarahmenkonvention, aber das Ende der bipolaren Welt und der Siegeszug des Neoliberalismus machten die Hoffnungen auf einen Wandel zunichte. Ähnliches geschah um 2007, als Al Gore den Friedensnobelpreis erhielt und Angela Merkel sich als Klimakanzlerin gab – doch dann kam die Finanzkrise und fegte den Klimaschutz erneut von der Tagesordnung. Im Ergebnis sind die klimaschädlichen Emissionen seit 1990 um mehr als fünfzig Prozent gestiegen. [...] Die Internationale Organisation für Migration rechnet in den nächsten Jahrzehnten mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen. Wenn der Klimawandel also eskaliert, wird es gewaltige Flüchtlingsbewegungen geben [...].

SPIEGEL ONLINE: In der Vergangenheit brauchte es allerdings große Unglücke, um die Debatte voranzutreiben: Vor allem die AKW-Explosionen in Tschernobyl und

Fukushima schoben die Idee einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Politik an. Brauchen wir eine neue Katastrophe?

Loske: Diese Denke ist beim Klimaschutz falsch, denn jenseits bestimmter Schwellen ist er irreversibel, unumkehrbar. Wenn wir also bis zur großen Katastrophe warten, ist es schon zu spät. Wir sollten *jetzt* aus Einsicht handeln, statt auf große Unglücke zu warten. Deshalb gehört Nachhaltigkeit als Grundrecht ins Grundgesetz – und eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft muss den Kapitalismus ersetzen.

DER SPIEGEL, 01.12.2015, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/reinhard-loske-ueber-wachstum-nur-arme-staaten-sollten-wachsen-a-1063567.html>. Ein Interview von Peter Maxwill.

Anmerkung

Reinhard Loske, Jahrgang 1959, war 2013 bis 2019 Professor für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Zuvor forschte er zwischen 1992 und 1998 am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, saß für die Grünen neun Jahre lang im Bundestag und war von 2007 bis 2011 Umweltsenator in Bremen. Seit 2019 ist Loske Präsident der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung am dortigen Institut für Ökonomie.

Worterklärungen

- 1 *zynisch*: auf grausame, den Anstand beleidigende Weise spöttisch
- 2 *Trickle-down-Effekt*: angenommener Effekt, dass Wirtschaftswachstum und Wohlstand der Reichen zwangsläufig durch Konsum und Investitionen zu den ärmeren Schichten der Gesellschaft durchsickern
- 3 *Freihandelsmantra*: formelhaft vorgetragene (positive) Überzeugung zum Freihandel

Hilfsmittel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Niedersächsische Verfassung ohne ergänzende Kommentare

Sie sollen mit Textbezug relevante Aspekte/Sachverhalte des Spannungsverhältnisses von Wirtschaft und Umwelt (z. B. anhand von Energie- und Klimafragen) und damit verbundene Herausforderungen (u. a. Konfliktfelder) thematisieren. Der Semesterübergreif zu globalen und sicherheitspolitischen Aspekten (13/1 und 13/2) ergibt sich dadurch, dass u. a. die Fragen der Energieversorgung und -abhängigkeit berührt sind. Anzusetzen wäre z. B. bei der energiepolitischen Ausgangslage Deutschlands und der „Vorgeschichte“ der Energie- und Klimapolitik. Diese ist hier umfangreicher dargestellt, als es von Ihnen verlangt wäre. Die umfassenden Ausführungen zu den Klimaabkommen bieten aber einiges an Hintergrundwissen zu diesem sehr aktuellen Thema.

Umwelt- und Energiefragen sind in Deutschland und der Welt von zentraler politischer und gesellschaftlicher Bedeutung. Sie betreffen u. a. das komplexe Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaft und Umwelt. Deutschland als **Industrie- und Dienstleistungsnation** mit einem hohen Bedarf an Rohstoffimporten und einem sehr hohen Exportaufkommen ist zur **Sicherstellung des wachstumsbedingten Wohlstands** auf eine sichere, kostenbewusste und ökologisch orientierte Energiepolitik angewiesen. Der Energiebedarf und dessen mittel- und langfristige Sicherung wird künftig politisch und wirtschaftlich eine zentrale Bedeutung einnehmen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine nationale oder europäische, sondern um eine **globale Aufgabe**. Nach Loskes Auffassung ist die weltweite Energienutzung in die großen globalen **Herausforderungen des 21. Jahrhunderts** eingebettet. Der politische Diskurs über eine umfassende gesellschaftliche, ökonomische und politische Transformation hin zur Nachhaltigkeit und deren Umsetzung durch die **Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems** sind aus seiner Sicht für die **Abwendung einer globalen Klimakatastrophe** von existenzieller Bedeutung.

nationale und globale Bedeutung

Obwohl Klimaschutz und Klimawandel bereits in den 1990er-Jahren in den Medien eine Rolle spielten, war das Bewusstsein in Bezug auf die mit der Erderwärmung verbundenen Gefahren vor der Jahrtausendwende nur ansatzweise ausgebildet. Mittlerweile ergeben sich als **Folge der energieintensiven Wirtschafts- und Lebensweise** (v. a. der westlichen Welt) erhebliche Herausforderungen in Bezug auf (politische) **Versorgungssicherheit**, (wirtschaftliche) **Energieeffizienz** und (ökologische) **Nachhaltigkeit** sowie die Notwendigkeit eines international abgestimmten und koordinierten Klimaschutzes. Seit 2018 wirkt die inzwischen weltweite Klimaschutzbewegung „**Fridays for Future**“ auf die Klima- und Umweltpolitik ein, mobilisiert neben den Jüngeren auch die ältere Bevölkerung und

gesellschaftliches und politisches Bewusstsein

Fridays-for-Future-Bewegung

beeinflusst medienwirksam die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen („Scientists for Future“) und politischen Akteure.

Nach wie vor ist ein anhaltender **globaler Anstieg des Energieverbrauchs** zu verzeichnen. **Schwellenländer** wie China, Indien oder Brasilien haben in den letzten Jahren ihren Energie- und Rohstoffbedarf vervielfacht. Allerdings sind fossile Primärenergieträger **nicht unbegrenzt** vorhanden. Gleichzeitig ist es bei diesen Energieträgern noch nicht gelungen, die **umweltschädlichen Emissionen** entscheidend zu reduzieren (vgl. Z. 54 ff.). Zwar wird an alternativen, umweltverträglichen und regenerativen Energieträgern gearbeitet, die **Kosten für nachhaltige Produkte** sind aber noch sehr hoch. Die Rohstoffabhängigkeit der westlichen Welt hat neben der ökonomischen auch eine sicherheitspolitische Seite, wenn etwa Rohstoffvorkommen im Nahen Osten in den Fokus **internationaler Machtpolitik** (Irak/Afghanistan) geraten und so weitere Konflikte (China/Indien) provoziert werden. Auch die **Abhängigkeit** von politisch als instabil geltenden Staaten (z. B. Russland: Öl, Kohle, Gas) ist im Hinblick auf die **Versorgungssicherheit** bedenklich gewachsen. Dies erschwert z. B. politische Entscheidungen im Rahmen der westlichen Sanktionspolitik gegenüber Russland nach Beginn des Ukraine-Kriegs 2022. Langfristig erscheint die europaweite Umstellung auf erneuerbare Energien inzwischen nicht mehr nur als klimapolitisches, sondern auch als **sicherheitspolitisches Erfordernis**.

globaler Ressourcenverbrauch

sicherheitspolitischer Aspekt der Rohstoffabhängigkeit

Auf der **UN-Klimakonferenz** in Kyoto 1997 wurden erstmals verbindliche Ziele für die Treibhausgasemissionen einzelner Länder vereinbart. Hintergrund des Kyoto-Abkommens war die von den meisten Wissenschaftlern vertretene These, dass der sich verstärkende **Treibhauseffekt** zu einer höheren globalen Durchschnittstemperatur mit schwerwiegenden Folgen für Mensch und Umwelt führen werde. Da Europa im Gegensatz zu anderen Regionen von den Veränderungen nicht so stark betroffen sein wird, werden in Zukunft **Flüchtlingswellen** nach Europa und eine **Zunahme der Konflikte** mit stärker betroffenen Staaten angenommen. Erhöhte **volkswirtschaftliche Kosten** für Energie, für die Folgeschäden des Klimawandels, für Entwicklungshilfe, für Wasseraufbereitung und für zusätzliche Aufwendungen infolge zunehmender Migrationsbewegungen sind die Konsequenzen (vgl. Z. 56 ff.).

Folgen hoher Schadstoffemissionen

Der Erfolg der UN-Klimakonferenz in Kyoto war dadurch belastet, dass die **USA**, lange Zeit größter Emittent von Treibhausgasen, dem Kyoto-Protokoll **nicht beigetreten** waren. Zudem mussten die Entwicklungs- und Schwellenländer **keine verbindlichen Zusagen** für die Minderung von Emissionen abgeben. Weil sich mit China, den USA und Indien die **größten CO₂-Emittenten** der Welt weder zur Senkung der Treibhausgasemissionen verpflichtet haben noch am

mäßiger Erfolg des Kyoto-Prozesses

Emissionshandel teilnehmen, ist es global bislang nicht zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes gekommen.

Bei der **UN-Klimakonferenz in Paris 2015** einigten sich 197 Staaten, darunter auch China und die USA, in Nachfolge des Kyoto-Protokolls auf ein neues globales Klimaschutzabkommen, das eine Begrenzung des Temperaturanstiegs durch den Klimawandel im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf zunächst deutlich unter 2°C vorsieht. Auf der Klimakonferenz in Glasgow 2021 wurde dieses Ziel durch ein Bekenntnis zur Begrenzung auf 1,5°C bekräftigt.

Die Herausforderungen und Probleme zeigen sich u. a. in folgenden Fragen: Ist es möglich, die **Schwellenländer**, insbesondere China und Indien, einzubinden und auf **verbindliche Reduktions- und Wachstumsziele** zu verpflichten? Sind die **Industriestaaten** bereit, ausreichend **finanzielle Hilfen** und Unterstützung für die Entwicklungsländer bereitzustellen, um dort eine **ressourcen- und energie-schonende Produktion** zu ermöglichen? Ist es möglich, wirtschaftliches Wachstum vom Wachstum an Treibhausgasen zu **entkoppeln** und **Klimaneutralität** zu **erreichen**? Viele Entwicklungsländer befürchten, dass strenge globale Regeln für den Klimaschutz ihr **Wirtschaftswachstum hemmen**. Eine der wichtigsten Fragen ist schließlich, ob sich die **USA** langfristig auf eine verpflichtende Reduktion einlassen. Wirtschaftliche Zwänge nach der **globalen Finanz- und Wirtschaftskrise** 2008/2009 bestärken weiter eine energieintensive Wachstumspolitik (vgl. Z. 52 ff.).

Die zwischenzeitliche Erholung der Weltwirtschaft von den Folgen der Corona-Pandemie und eine verstärkte Kohleverbrennung (v. a. in China) haben den weltweiten **CO₂-Ausstoß im Jahr 2021** im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent (in Deutschland: 4,5 Prozent) ansteigen lassen. Klimaforscher befürchten, dass neben China auch in anderen Schwellenländern wegen der noch **bestehenden Kostenvorteile** die fossilen Kraftwerkkapazitäten weiter wachsen werden. Damit droht dieser Effekt den Übergang zu einem nachhaltigen Energiesystem zu untergraben.

Pariser
Abkommen

Heraus-
forderungen und
Probleme

negativer Klima-
Effekt nach der
Corona-Krise

3

TIPP Anforderungsbereich: II, Gewichtung in Prozent:25

Durch den Vergleich mit marktwirtschaftlichen Vorstellungen der Wirtschaftspolitik, die sich ursprünglich vor allem am Ziel des quantitativen Wirtschaftswachstums orientierten, soll der spezifische wachstumskritische Ansatz des Verfassers herausgearbeitet und eingeordnet werden. Auf dieser Grundlage ist es möglich, das primär marktwirtschaftlich orientierte umweltpolitische Handeln des Staates vor dem Hintergrund einzelner wirtschaftspolitischer Ziele und Zielkonflikte darzustellen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

(enthaltene Themenschwerpunkte:12/2: Soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit; Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft; Wirtschaftspolitische Ziele, Maßnahmen und Konflikte; 13/2: Leitbilder der europäischen Außenhandelspolitik)

Thema: Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung

Aufgabenstellung

- 1 Fassen Sie Branko Milanovićs Aussagen zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland zusammen.
- 2 Erläutern Sie ausgehend vom Text wirtschaftspolitische Ziele in der Sozialen Marktwirtschaft und diesen Zielen zugrunde liegende Werte.
- 3 Erklären Sie die in den Materialien 1 und 2 deutlich werdende Kritik an der US-amerikanischen Handelspolitik vor dem Hintergrund außenwirtschaftlicher Leitbilder.
- 4 Nehmen Sie unter Berücksichtigung der Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft Stellung zu den Empfehlungen Branko Milanovićs in den Zeilen 24–33.

**M1 Branko Milanović: Konzentration des Kapitals rückgängig machen.
Interview von Anja Papenfuß.**

In Deutschland herrscht eine paradoxe Situation: Obwohl die Wirtschaft brummt, haben viele Menschen das Gefühl, nicht davon zu profitieren. Sie geben den etablierten Parteien die Schuld und wählen populistische Parteien. Ist da etwas dran?

- 5 Deutschland gilt als Musterbeispiel für ein Land, das sich sehr erfolgreich an die Globalisierung angepasst hat. Es ist mittlerweile die größte Exportnation der Welt. Die Arbeitslosenquote liegt bei etwa 5,7 Prozent, und das bei einer gleichzeitigen Aufnahme von einer Million Migranten. Das ist alles überaus positiv.

Weniger positiv ist, dass das Realeinkommen der unteren 50 Prozent der deutschen

- 10 Bevölkerung in den letzten 15 Jahren nicht gestiegen ist. Angesichts dieser Entwicklung und anderer Faktoren wie Migration oder Angst vor Arbeitsplatzabbau ist es durchaus nachvollziehbar, dass die wirtschaftliche Entwicklung auch in Deutschland zum Aufstieg der Populisten geführt hat.

Wie steht es mit den Gewerkschaften? Haben sie genug für die Arbeitnehmer unternommen?

15 Aufgrund der Veränderungen am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt ist der Rückgang gewerkschaftlicher Organisation ein weltweites Phänomen, sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Sektor. Auch in Deutschland haben die Gewerkschaften an Macht verloren. Das wirft für linke Parteien akute Probleme auf. In Frankreich, Deutschland und anderen Ländern bestand früher eine enge Beziehung zu den Gewerkschaften. [...] Heute ist diese Verbindung lockerer, deshalb muss die Wirtschaftspolitik auf Seiten der Linken neu überdacht werden.

In welcher Hinsicht?

Wenn Sie und ich ein unterschiedliches Einkommen erzielen, konzentriert sich die Politik bislang darauf, dass der Staat das durch Transferleistungen und Steuern ausgleicht. Wenn aber unsere Ausgangsposition in Hinblick auf Ausbildung und Kapital recht ähnlich ist, unterscheidet sich auch unser Einkommen nicht wesentlich, und der Staat muss nicht so stark eingreifen.

30 Linke Parteien sollten mehr Anstrengungen darauf verwenden, die Voraussetzungen der Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt anzugleichen. Statt alles in die Umverteilung bereits erzielter Einkommen zu investieren, sollte mehr Geld in eine gleichmäßig gute Ausbildung für alle fließen, egal aus welcher Schicht, und das Kapital zugunsten der mittleren Schichten umverteilt werden. Das wäre meine Empfehlung.

Wie Sie in Ihrem Buch¹ schreiben, erwächst die zunehmende Ungleichheit vor allem aus der Globalisierung. Ist ein Handelsprotektionismus, wie Donald Trump ihn betreibt, die richtige Antwort darauf?

Nein, ich halte diese Politik für falsch. Wegen der internationalen Regelungen ist sie auch nur sehr schwer umzusetzen. Und selbst wenn Trump diese Maßnahmen durchzieht, würden sie meiner Ansicht nach nur vorübergehend greifen und für die Menschen keine langfristige oder auch nur mittelfristige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation mit sich bringen. Nur sehr wenige Menschen würden davon profitieren, viele aber darunter leiden.

45 Solche Maßnahmen sind langfristig schlecht für die Vereinigten Staaten und den Rest der Welt. Die Senkung der Zölle war ein enormer Fortschritt. In den vergangenen 50 Jahren lagen die Zölle in den reichen Ländern durchschnittlich bei zehn bis zwölf Prozent, nun betragen sie nur noch ein oder zwei Prozent. Die Rückkehr zur alten Politik wäre ein Fehler. [...]

Wie kommt es, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten die Ungleichheit weltweit zwischen den Ländern vermindert hat, während sie innerhalb der meisten westlichen Länder dramatisch gewachsen ist?

50 Die Antwort ist recht einfach, denn in ärmeren, bevölkerungsreichen Ländern wie China, Indien und Vietnam ist die Wirtschaft gewachsen. Man könnte sagen, dass dort eine globale Mittelschicht entstanden ist. Man kann das an der massiven Zunahme chinesischer Touristen in Europa ablesen. Das war der Faktor, der die globale Ungleichheit hat schrumpfen lassen.

Aber was die Ungleichheit innerhalb von Staaten angeht: In Reaktion auf den Aufstieg Chinas wurden in den westlichen Ländern in Branchen, die mit China in Konkurrenz standen, für viele Menschen die Löhne gesenkt und Arbeitsplätze abgebaut. Derselbe Globalisierungsschub, der in China die Einkommen erhöht und die globale Mittelschicht hervorgebracht hat, dürfte das Einkommen vieler US-amerikanischer Arbeitskräfte gesenkt haben. Deshalb wächst in den USA die Ungleichheit. Aber für mich ist dieser Zusammenhang kein Argument für die Einführung von Strafzöllen, sondern ein Argument dafür, dass man die von der Globalisierung betroffenen Menschen unterstützen muss.

65 **Warum bedroht die wachsende Ungleichheit die Demokratie? Weil sie Populisten in die Hände spielt?**

Nicht nur. Bei großer Ungleichheit liegen mehr Ressourcen in den Händen des reichsten Prozents der Bevölkerung. Betrachtet man die Wünsche der Reichen und die Gesetze, die gemacht werden, erkennt man einen klaren Zusammenhang. Die Gesetze, über die debattiert wird, spiegeln die Präferenzen der Reichen wider. Da also die Reichen immer mächtiger werden und politische Prozesse und Parteien finanzieren, diktieren sie auch die Wirtschaftspolitik. Und dabei haben sie ihre eigenen Interessen im Blick. Insofern verstärken sie den Vorteil, den sie schon haben. [...]

Milanovic, Branko: Konzentration des Kapitals rückgängig machen. Interview von Anja Papenfuß. In ipg-Journal vom 29.03.2018, abgerufen von: <https://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/kapitalismuskritik/artikel/detail/konzentration-des-kapitals-rueckgaengig-machen-2657/>

Anmerkungen

Branko Milanović ist Gastprofessor an der City University of New York. Davor war er unter anderem leitender Ökonom der Forschungsabteilung bei der Weltbank.

Die Online Zeitschrift ipg-journal wird vom Referat Internationale Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt. Die Fragen sind im Text fett gedruckt.

1 Branko Milanović: „Die ungleiche Welt“. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016.

Hilfsmittel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Niedersächsische Verfassung ohne ergänzende Kommentare



Quelle: ROBERT ARIAIL © 2017 Spartanburg Herald-Journal. Reprinted with permission of ANDREWS MCMEEL SYNDICATION for UFS. All rights reserved.

Anmerkung

Wortklärung: „Trade tariffs“ ist die englische Bezeichnung für Handelszölle.

Hilfsmittel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Niedersächsische Verfassung ohne ergänzende Kommentare

1

TIPP Anforderungsbereich: I, Gewichtung in Prozent: 20

Der Operator „zusammenfassen“ verlangt hier von Ihnen eine knappe, strukturierte und inhaltlich fokussierte Darstellung der wesentlichen Aspekte des Textes. Dabei sollen Sie selektiv vorgehen und sich nur auf den Aspekt der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland konzentrieren. Dies ist allem deshalb zu berücksichtigen, weil der Autor teilweise recht unsystematisch zahlreiche weitere Aspekte entwickelt. Achten Sie auf eine sprachlich distanzierte und unkommentierte Darstellungsweise, am besten durch Verwendung des Konjunktivs. Verzichten Sie auf lange Zitate, belegen Sie aber Ihre Ausführungen mit den passenden Zeilenangaben.

Branco Milanović, Ökonom und Gastprofessor an der City University of New York, bewertet in dem Interview mit Anja Papenfuß, veröffentlicht im ipg-Journal vom 29.03.2018, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als positiv (vgl. Z. 5 ff.). Dennoch bestätigt er die von Papenfuß skizzierte Gefahr, dass angesichts der subjektiven Wahrnehmung vieler, selbst nicht vom **wirtschaftlichen Aufschwung** zu profitieren, **negative politische Entwicklungen** wie die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und der Aufstieg populistischer Parteien einhergehen könnten (vgl. Z. 9 ff.). Er belegt seine Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung mit den **großen Exporterfolgen** Deutschlands sowie der vergleichsweise **geringen Arbeitslosenquote** bei gleichzeitiger Aufnahme von einer Million Migranten. Dies zeige, dass Deutschland sich den **Herausforderungen der Globalisierung** sehr gut angepasst habe (vgl. Z. 5 ff.). Allerdings seien die **Realeinkommen der unteren Einkommenschichten** in den letzten 15 Jahren nicht mehr gestiegen, was mit Faktoren wie Migration und Angst vor Arbeitsplatzverlust auch zum **Aufstieg der Populisten** geführt habe (vgl. Z. 9 ff.). Angesichts der rückläufigen gewerkschaftlichen Organisation und des damit einhergehenden **Machtverlusts der Gewerkschaften** stelle sich für die politische Linke die Herausforderung, neue Wege zu gehen, um eine **Angleichung der unterschiedlichen Einkommen** zu erreichen (vgl. Z. 18 f.). Statt auf einen verstärkten Ausgleich durch staatliche Umverteilung und Transferzahlungen zu setzen, solle durch politische Maßnahmen stärker darauf hingewirkt werden, dass möglichst alle Menschen durch eine **höhere Qualifikation** die **gleiche Chance** erhalten, am Arbeitsmarkt vergleichbare Einkommen zu erzielen. Das Kapital solle zugunsten der Mittelschicht umverteilt werden (vgl. Z. 24 ff.).

Einleitung,
Quelle, zentrale
These

Belege

Konsequenzen
für die politische
Linke

Eine **Bedrohung für die Demokratie** liege aber nicht nur im aufstrebenden Populismus. Vielmehr führe die wachsende Ungleichheit dazu, dass sich die **Interessen der Superreichen** aufgrund ihrer hohen Finanzkraft immer stärker in Politik und Gesetzgebung durchsetzen, sodass sie den Politikern die Wirtschaftspolitik quasi diktieren (vgl. Z. 67–73).

weitere
Bedrohungen für
die Demokratie

2

TIPP Anforderungsbereich: II, Gewichtung in Prozent: 25

Ausgehend von der Textgrundlage sollen Sie die wirtschaftspolitischen Ziele in der Sozialen Marktwirtschaft und die dahinterstehenden Werte in ihren komplexen Beziehungen an Beispielen verdeutlichen. Nutzen Sie hierzu zunächst das Interview, bringen Sie aber auch darüber hinausgehende Kenntnisse ein.

Die wirtschaftspolitischen Ziele in der Sozialen Marktwirtschaft haben als sogenanntes **magisches Viereck** ihren Niederschlag im **Stabilitätsgesetz** von 1967 gefunden, das im Wesentlichen **quantitativ** klar messbare Größen definiert. Später kamen mit dem Ziel einer **gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung** sowie dem **Schutz der Umwelt** zwei **qualitative Ziele** hinzu.

Einordnung in
das magische
Sechseck

Der Autor bezieht sich vordringlich auf das qualitative Ziel der **gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung** (vgl. Z. 9 f., 24 ff.) mit dem zugrunde liegenden Wert der **Verteilungsgerechtigkeit**. Er greift aber auch die klassischen Ziele **Vollbeschäftigung** (vgl. Z. 6 ff.), **stetiges Wirtschaftswachstum** (vgl. Z. 1 f.) und **außenwirtschaftliches Gleichgewicht** (vgl. Z. 6) auf, die mit grundlegenden Werten wie **Sicherheit** und **Freiheit** korrespondieren. Die Aspekte der Preisstabilität und Umweltverträglichkeit nimmt er nicht in den Fokus.

Zusammenfassung der im Text aufgegriffenen Ziele und Werte

Das Ziel des stetigen **Wirtschaftswachstums** nennt Milanović zwar nicht explizit, es lässt sich jedoch aus seinen Ausführungen zur „brummenden Wirtschaft“ in Deutschland ableiten (vgl. Z. 1 f., 5 ff.). Wirtschaftswachstum stellt eine wesentliche **Voraussetzung** für das Ziel der **Vollbeschäftigung** dar, sofern es eine Höhe erreicht, die die Einsparung von Arbeitsplätzen durch den Produktivitätsfortschritt und die damit verbundenen Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert. Die gegenwärtig wirtschaftlich stabile Lage gibt dem überwiegenden Teil der Bevölkerung ein Gefühl der relativen **Sicherheit hinsichtlich ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation**. Allerdings betont der Autor, dass dies nicht für alle Bevölkerungsteile gelte, weil die positive wirtschaftliche Entwicklung in den **unteren Einkommenschichten** nicht durchschlagend angekommen sei (vgl. Z. 9 f.) und Globalisierung dort als **Bedrohung für den eigenen Arbeitsplatz** wahrgenommen werde (vgl. Z. 11).

Zusammenhang von Wachstum, Vollbeschäftigung und Sicherheitsbedürfnis



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK